

Pro und Kontra Maulkorb-Initiative

Propaganda zu Abstimmungen ist keine Staatsaufgabe



Lukas Reimann, Nationalrat (SVP, SG).

Was während über 100 Jahren ein grosses Tabu war, nimmt heute immer mehr zu: Der Bundesrat betreibt mit Steuergeld finanzierte Kampagnen, um bei Abstimmungen das Volk zu beeinflussen. In der Bundesverwaltung arbeiten Hunderte von Kommunikationsberatern. Alleine dafür beträgt das Jahresbudget rund 80 Millionen Franken. Kein Verband und keine Partei kann auf eine solche Maschinerie zurückgreifen. Der Bundesrat legte bei verschiedenen Vorlagen eigentliche «Schlacht-Pläne» an. Hochglanzbroschüren, CD-Roms, Musterreferate, Videos und vieles mehr produzierte er. Finanziert wird die Propaganda mit Steuergeld. Der Bürger hat also unfreiwillig Kampagnen zu bezahlen, auch wenn er eine ganz andere Meinung vertritt.

Als der Bundesrat heimlich schon im Vorfeld Geld einsetzte, um die Initiative für Komplementärmedizin zu bekämpfen oder Steuervorlagen durchzubringen, kritisierten ihn die Linken. Wenn er bei aussenpolitischen Vorlagen für mehr Öffnung eintritt, ärgern sich die Bürgerlichen. Das Resultat: Die Glaubwürdigkeit des Bundesrates wird immer kleiner. Viele Menschen aus allen politischen Lagern werden gezwungen, in Abstimmungskämpfen gegen den Bund anzutreten. Der Bundesrat wird dadurch Teil der Abstimmungspropaganda und verabschiedet sich von seiner Rolle als übergeordnete Landesregierung.

Das System der Gewaltenteilung ist eine weltweit anerkannte Bedingung für die funktionierende Demokratie zum Zwecke der Machtbegrenzung und der Sicherung der Freiheit. Jedes Kind lernt schon in der Schule, dass es drei Gewalten gibt: die Legislative (Volk und Parlament) als gesetzgebende, bestimmende Organe, die Exekutive (Bundesrat und Verwaltung) als vollziehende, ausführende Organe und die Judikative (Gerichte) für die Rechtsprechung.

Wenn nun der Bundesrat Abstimmungskämpfe führt und Propaganda betreibt, so hat er seine – in der Bundesverfassung verankerte – Aufgabe als Exekutive nicht verstanden. Er müsste die Bevölkerung ehrlich über Vor- und Nachteile informieren, dem Volk verschiedene Varianten und deren Wirkungen aufzeigen und wenn das Volk entschieden hat, den Volksentscheid bedingungslos umsetzen. Wer sonst, wenn nicht Bundesrat und Verwaltung, sollen die neutrale, ausführende Instanz sein?

Es geht bei der Vorlage nicht darum, dem Bundesrat einen Maulkorb zu verpassen. Es geht darum, dass der Bundesrat seine Funktion als Volksentscheid umsetzende Behörde wieder wahrnimmt. Er soll objektiv, ausgewogen und verhältnismässig informieren – ohne Partei für eine Seite zu ergreifen. Es reicht, wenn Verbände, Parteien und Abstimmungskomitees Propaganda betreiben. Der Staat aber hat eine andere Aufgabe. Genau hier setzt die Initiative an: Sie verhindert, dass der Staat Abstimmungskämpfe führt und Propaganda betreibt. Information ja, Propaganda nein! Nicht die Bundesverwaltung mit PR-Agenturen soll uns lenken, sondern das Stimmvolk soll das Sagen behalten. Das spart Millionen und ist staats- und demokratiepolitisch dringend notwendig.